

AUSGABE 2 | 2024

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

SCHWERPUNKT DIGITALE VERWALTUNG

Die Dresdner Forderungen: Der Weg in die Verwaltung von morgen

Der Schlüssel zur Verwaltungsdigitalisierung liegt bei den Kommunen

„KI erfordert von den Beschäftigten mehr statt weniger Kompetenzen“

DIGITAL.MOVES – Stuttgart in der digitalen Transformation

Vom Projekt bis zur App – Die Stadt Leipzig digitalisiert sich erfolgreich

AUS DEN STÄDTEN

AUS DEM STÄDTETAG

Neuer Arbeitskreis Informationssicherheit (AKIS)

Konferenz der Städtetags-Mitgliedsverbände

Konferenz der ostdeutschen Städte zu Fachkräftemangel und Rechtsextremismus



Austausch auf Augenhöhe: Das Präsidium des Deutschen Städtetages traf sich im März mit Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt. (© Bundesregierung, Marvin Ibo Güngör)

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

dieses Heft widmet sich der Digitalisierung der Verwaltung, einem Thema mit vielen Facetten. Wir wollen zeigen, was bereits in den Städten passiert und welche Forderungen und Wünsche der Städte noch unerfüllt sind. Manche haben vielleicht das Gefühl, es geht nicht wirklich voran mit digitalen Lösungen. Die vielen Beispiele guter Praxis aus unseren Mitgliedsstädten in dieser Ausgabe zeichnen ein anderes Bild. Was unser Schwerpunkt auch deutlich macht: Die Städte sind bei der Digitalisierung gut unterwegs und weiter als viele denken. Ein wichtiges Thema für unsere Zukunft.

Europas Zukunft eine Richtung geben

Wichtig für die Zukunft ist auch ein anderes Thema: Nur noch wenige Wochen sind es bis zur Europawahl. Es liegt an uns allen, mit unserer Stimme Europas Zukunft eine Richtung zu geben. Bei der letzten Wahl

2019 haben europaweit knapp 51 Prozent der Wahlberechtigten abgestimmt. Belgien war der Spitzenreiter mit 88 Prozent, in der Slowakei gingen lediglich 23 Prozent zur Wahl. Bei uns waren es 61 Prozent. Alte Zahlen ohne Bedeutung? Ja, vielleicht. Aber vielleicht zeigen sie auch die sehr unterschiedlichen Blicke in der Union auf die Union.

Die Bedeutung der EU muss immer wieder erklärt werden. In einer Welt, die zunehmend von Unsicherheiten, Krisen und großen Umbrüchen geprägt ist, wünschen sich viele Menschen einen klaren Rahmen. Auch wenn wir immer mal wieder den Kopf schütteln über die Abläufe und Ergebnisse der Politik in der EU – denken wir daran, dass hier Interessen, Kulturen und Sichtweisen von 27 Mitgliedsstaaten austariert werden müssen. Kein unkompliziertes Geschäft. Und dennoch, die EU spielt die zentrale Rolle auf dem Weg zu einem gemeinsamen Rahmen für die Zukunft des Kontinents.

Nicht den Populisten das Ruder überlassen

Allerdings nicht, wenn wir Populisten mit ihren vermeintlich einfachen Antworten das Ruder überlassen. Sondern nur dann, wenn wir uns wieder bewusst machen: Das gemeinsame Ringen um die beste Lösung für die Zukunft ist nicht immer einfach, aber unerlässlich. Die EU bietet hierfür eine einzigartige Plattform. Gerade für die Städte ist eine handlungsfähige, von einer gemeinsamen Grundidee getragene Europäische Union von besonderer Bedeutung. Entscheidungen auf EU-Ebene haben direkte Auswirkungen auf unsere politische Arbeit vor Ort und auf unsere Stadtgesellschaften. Von der Klimapolitik über die Digitalisierung bis hin zu Mobilität und Förderprogrammen für die lokale Infrastruktur – Europa gestaltet maßgeblich den Rahmen, den wir in den Städten ausgestalten.

Städte viel stärker einbeziehen

Die Städte müssen deshalb viel stärker als bisher in politische Entscheidungen auf EU-Ebene eingebunden werden. Die Städte wollen und können gestalten. Es sind die Städte, die viele europäische Regelungen konkret vor Ort umsetzen. Wir haben die Expertise, wir arbeiten grenzüberschreitend mit Städten in ganz Europa zusammen und letztlich sind es die Städte, die Lösungen vor Ort finden müssen. Deshalb muss es selbstverständlich sein, dass Städte auch im europäischen Kontext von Anfang an mitreden.

Lassen Sie uns gemeinsam für die Europawahl werben – geben wir mit unserer Stimme Europas Zukunft eine Richtung. Es lohnt sich.



Helmut Dedy
Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Städtetages

➔ www.staedtetag.de/digitaleVerwaltung

Die MeinHeidelberg-App: Stadt- und Verwaltungszugang und digitale Begleiterin

Wie informativ und wie nutzerfreundlich ist die städtische MeinHeidelberg-App? Welche Wünsche und Anregungen haben Nutzerinnen und Nutzer? Wo gibt es Verbesserungspotenzial? Antworten darauf soll eine Umfrage der Stadt Heidelberg liefern, die aktuell ausgewertet wird.

Die MeinHeidelberg-App der Stadt startete 2012, wurde 2020 grundlegend überarbeitet und seither über 20.000 Mal heruntergeladen. Das „Rathaus für die Hosentasche“ bietet Zugang zu Dienstleistungen der Stadtverwaltung, Freizeitangebote und Mobilitätsinformationen und städtische Informationskanäle.

Im Sommer 2023 kam ein weiterer digitaler Baustein hinzu: Unter buergerportal.heidelberg.de findet sich eine breite Palette von Informationen und Services – mit Live-Daten zum Verkehrsgeschehen und zum lokalen Klima sowie bequemen Zugängen zu den einzelnen Bürgerservices. Im Open-Data-Portal stellt die Stadt Heidelberg eine Vielzahl (natürlich nicht schutzbedürftiger) Daten für eigene Anwendungsentwicklungen oder als Informationsquelle zur Verfügung. In der Testphase befindet sich die KI-Bürgerassistentin Lumi. Das Kooperationsprojekt mit einem Heidelberger Unternehmen soll klären, wie KI in der Verwaltung eingesetzt werden kann. Bereits seit 2018 funktioniert die Bearbeitung von Bauanträgen vollständig digital. Im Bauverwaltungsportal „Bau Online“ unter www.heidelberg.de/bauonline können Bauherren, Architekten und Fachämter digital mit der elektronischen Bauakte arbeiten.

➔ www.staedtetag.de/meinheidelberg-app

➔ www.staedtetag.de/buergerportal-heidelberg

(© Stadt Heidelberg)

Die Dresdner Forderungen: Der Weg in die Verwaltung von morgen

Von Sabine Möwes und Dr. Uda Bastians

Die Diagnose ist nicht neu – schon 1994 erschien „Der überforderte Staat“ von Thomas Ellwein und Joachim J. Hesse. Es war die besorgte Erkenntnis, dass „der Staat“ sowohl an Akzeptanz als auch an Handlungsfähigkeit verliert. Heute kommen noch multiple Krisen, der demografische Wandel, haushalterische Herausforderungen und ein überkomplexes Regulationssystem hinzu. Umso dringender ist es, die Funktionsfähigkeit der Verwaltung und damit der Basis unseres demokratischen Gemeinwesens sicherzustellen. Einen wichtigen Beitrag kann die Digitalisierung leisten.

Funktionsfähigkeit der Verwaltung nicht gesichert

Wie ist die Diagnose vor Ort? Es herrscht Arbeits- und Fachkräftemangel. Viele Gesetze, die in den Städten ausgeführt werden, sind nicht praxistauglich. Die Bürokratie ufer aus. Bund und Länder weisen den Kommunen immer neue Aufgaben zu. Mit den Folgen kämpfen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort: Bei der Kinderbetreuung fehlen Fachkräfte. Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern sehr lange. Bürgerinnen und Bürger müssen lange warten, wenn sie Leistungen der Bürger-, Sozial-, oder Einbürgerungsbehörden in Anspruch nehmen wollen, z. B. eine Wohnung anmelden. Der Frust richtet sich gegen die Kommunen.

„Es gibt jetzt die Chance, die Verwaltung mithilfe der Digitalisierung neu zu denken.“

Auch die Verwaltungen spüren die Aufgabenlast. Die regulatorischen Belastungen wirken als Verstärker. In der Konsequenz ist das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit der bürgernächsten Ebene, ihrer Stadt, gefährdet. Ein über Jahrzehnte entwickeltes Verwaltungssystem mit einst sinnvollen Strukturen und Prozessen passt nicht mehr zu den Bedarfen und technischen Möglichkeiten.

Es gibt jetzt die Chance, die Verwaltung mithilfe der Digitalisierung neu zu denken. Abläufe und Verfahren in der Verwaltung müssen von Grund neu aufgestellt und die Umsetzung ins Digitale bei der Gesetzgebung mit verankert werden.

Die Dresdner Forderungen zur digitalen Verwaltung von morgen

Hier setzen die Dresdner Forderungen an. Ihr Ansatz leuchtet unmittelbar ein: Heute kümmert sich jede einzelne Kommune individuell um organisatorische und IT-Prozesse, die sie zur Abwicklung von Verwaltungsverfahren braucht – und zwar nicht nur für die eigentlichen kommunalen Aufgaben, sondern auch um die Prozesse für übertragene, zentral geregelte Bundes- oder Landesaufgaben, z. B. im Meldewesen oder beim Wohngeld. So müssen z. B. Ausweisdokumente bei der Kommune beantragt werden – eine Bundesleistung, die in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts, lange vor der Digitalisierung, wegen der Ortsnähe zu den Bürgerinnen und Bürgern den Kommunen übertragen wurde – und seither in jeder Kommune identisch und ohne eigene Handlungsspielräume erbracht wird. Die Energie, die jede einzelne Stadt dabei investiert, fehlt für die ortbezogenen Aufgaben – die kommunalen Kernkompetenzen, z. B. in den Bereichen Soziales, Kultur, Umwelt und Bildung.

Eine erste große Verbesserung wäre es daher, wenn die Definition der Prozesse und die IT für zentrale Aufgaben auch als zentrale Angebote von Bund oder Land bereitgestellt würden. Dann müsste nicht jede einzelne Kommune Software ausschreiben, beschaffen, einführen und betreiben, sondern könnte sich um ihre ureigensten Gestaltungsaufgaben und die Beratung vor Ort kümmern. Auf längere Sicht sollte auch diskutiert werden, ob digitalisierbare Weisungsaufgaben ohne kommunale Gestaltungsspielräume an Bund und Länder zurückgegeben werden könnten.

Der Weg in die digitale Verwaltung von morgen

Wir brauchen standardisierte und medienbruchfreie Verwaltungsprozesse vom Antrag bis zum Bescheid. Dafür müssen Prozesse, Daten und Identifikation schon im Gesetzgebungsverfahren integriert werden. Nur so kann die Verwaltung anlassbezogen statt antragsgetrieben arbeiten: Ob die Geburt eines Kindes oder das Eintreten von Hilfebedürftigkeit – Beratung und Unterstützung müssen im Mittelpunkt der Arbeit der Kommunen stehen, nicht das Managen von Formularen. Bund und Länder müssen klassische Bürgerservicezuständigkeiten zentral und digital anbieten. Kommunen können so auch über Shared Services nachdenken und sind und bleiben Lotsen und Unterstützerinnen für die Menschen vor Ort.

Die Städte arbeiten derzeit daran, die Dresdner Forderungen zu konkretisieren und schrittweise durchzusetzen. Zur weiteren Schärfung der Dresdner Forderungen gehört u.a., Rollen im föderalen System zu etablieren, eine föderale IT-Architektur, Zusammenarbeitsstrukturen zwischen Kommunen und IT-Dienstleistern und die Stärkung von digitaler Souveränität und Open Source. In der Praxis werden derzeit Verwaltungsprozesse und -vorgänge identifiziert, die als Online-Prozesse standardisiert von Bund und Ländern den Kommunen zur freiwilligen Nutzung angeboten werden könnten. Gesetze müssen bereits „digital



Die Citykey-App Bonn bündelt zahlreiche Services der Stadtverwaltung Bonn. (© Telekom)

ready“ unter Berücksichtigung der kommunalen Umsetzung und der technischen Möglichkeiten in Verwaltungsverfahren (z. B. KI) geschrieben werden.

Die Dresdner Forderungen wurden in der Mitgliedschaft des Deutschen Städtetages geboren und im Frühjahr 2021 auf dem IT-Planungsrats-Fachkongress in Dresden vorgestellt. Sie haben sich seither zu einem Meilenstein der föderalen Diskussion über eine gelingende Verwaltungsdigitalisierung entwickelt. Das Präsidium des Deutschen Städtetages hat die Dresdner Forderungen ausdrücklich begrüßt, genauso die KGSt.

Die kommunale Ebene hat die Pflicht, die Verwaltung zukunftsfit zu machen. Die Dresdner Forderungen sind dabei eine große Chance!

➔ www.staedtetag.de/citykey-app-bonn



Sabine Möwes
Leiterin der Stabstelle Digitalisierung Stadt Köln



Dr. Uda Bastians
Beigeordnete und Leiterin des Dezernats Recht und Verwaltung Deutscher Städtetag



Der Schlüssel zur Verwaltungsdigitalisierung liegt bei den Kommunen – Unterstützung und enge Zusammenarbeit sind Erfolgsfaktoren

Von Dr. Fedor Ruhose

Im digitalen Zeitalter sind wir es gewohnt, Dinge mit wenigen Klicks zu erledigen – und das rund um die Uhr. Ein Beispiel: Ist das Umgebungslicht zum Lesen dieses Artikels etwas zu schummrig, lässt sich mit wenigen Klicks eine Leselampe bestellen und an den gewünschten Ort liefern. Schnell und digital.

Was Menschen aus ihrem Alltag kennen, erwarten sie auch von der Verwaltung. Die Bürgerinnen und Bürger möchten ihre Anliegen schnell und digital erledigen, egal ob sie sich ummelden oder einen Bauantrag stellen wollen. Dieser Erwartung muss der Staat gerecht werden. Zum einen, weil die Zufriedenheit mit der Verwaltung auch die Zufriedenheit mit der Demokratie selbst beeinflusst. Zum anderen, weil Digitalisierung dabei hilft, in Zeiten knapper werdender Fachkräfte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu entlasten. Sich wiederholende Tätigkeiten

können digitalisiert werden. So bleibt mehr Zeit für komplexere Aufgaben.

Schlüsselposition der Kommunen

Die Kommunen spielen dabei eine herausgehobene Rolle: Die Bürgerinnen und Bürger haben die meisten Kontakte mit der Verwaltung auf kommunaler Ebene, da ein Großteil der Verwaltungsleistungen von den Kommunen erbracht wird. Sie nehmen damit eine Schlüsselposition bei der Digitalisierung der Verwaltung ein.

Gerade angesichts der Vielzahl von Verwaltungsdienstleistungen, die von den Kommunen erbracht werden, stellt die Digitalisierung der Verwaltung dort eine Herausforderung dar. Die dafür eingesetzten Ressourcen müssen daher sehr effizient und zielgerichtet genutzt werden. Dafür sind vor

allem zwei Aspekte ausschlaggebend: Erstens brauchen wir einen Austausch und eine Zusammenarbeit der Landes- und Bundesebene mit den Kommunen und zweitens sind Unterstützungsstrukturen für die kommunale Ebene notwendig.

Austausch und Zusammenarbeit auf allen Ebenen

Um Kommunikation und Zusammenarbeit im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung zu unterstützen und zu koordinieren, wurde in Rheinland-Pfalz im Januar 2024 der IT-Kooperationsrat gegründet. Er dient als Plattform für den Austausch über Best Practices oder aktuelle Herausforderungen und gemeinsame Lösungsansätze. Im Gremium kommen alle wesentlichen Entscheidungsträgerinnen und -träger in Rheinland-Pfalz zusammen. Der IT-Kooperationsrat ermöglicht damit auch eine schnelle Reaktion auf neue Entwicklungen. Angesichts immer kürzerer technischer Entwicklungszyklen wird dies in Zukunft wichtiger werden.

„Die Bürgerinnen und Bürger möchten ihre Anliegen schnell und digital erledigen.“

Unterstützung auf allen Ebenen

Die enge Zusammenarbeit zwischen Land und kommunaler Ebene, die wir in Rheinland-Pfalz pflegen, ist auch bei der OZG-Umsetzung in den Kommunalpakt von Bund, Ländern und Kommunen eingeflossen, der 2023 im IT-Planungsrat beschlossen wurde. Ziel des Kommunalpaktes ist es zudem, die Unterstützungsstrukturen für die Umsetzung des OZG auf allen Ebenen weiterzuentwickeln und eine flächendeckende Digitalisierung der vom IT-Planungsrat beschlossenen 16 Fokusleistungen sicherzustellen. Dazu gehören unter anderem die digitale Beantragung von Wohngeld, die Ummeldung des Wohnsitzes

oder der digitale Bauantrag, also Leistungen, die von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen häufig genutzt werden.

Digitale Dienste in die Fläche bringen

Dies gilt es nun umzusetzen. Die Skepsis, mit der die Digitalisierung in den Verwaltungen teilweise betrachtet wird, darf nicht länger handlungsbestimmend sein. Unsere Priorität muss es sein, digitale Dienste in die Fläche zu bringen.

In Rheinland-Pfalz setzen wir dies anhand des Digitalisierungsprogramms um. Konkret bedeutet das, dass Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen in Rheinland-Pfalz bis Ende 2026 ein flächendeckendes Angebot zur digitalen Beantragung von Verwaltungsleistungen zur Verfügung steht. Der Rollout der EfA-Leistungen – also der Leistungen, die von den Bundesländern nach dem „Einer-für-alle“-Prinzip entwickelt werden – erfolgt anhand einer Priorisierung der Verwaltungsleistungen, die von Land und Kommunen vorgenommen wurde.

Im Mittelpunkt stehen dabei die zwischen Bund und Ländern vereinbarten Fokusleistungen sowie sieben weitere Verwaltungsdienste. Gleichzeitig werden die Verwaltungen im Transformationsprozess unterstützt. Die Unterstützungsstrukturen für die Kommunen werden ausgebaut und der Ausbau kommunaler Netzwerke wird gestärkt. Denn Fakt ist: Ohne die Zusammenarbeit mit den Kommunen geht es nicht. Ihnen kommt eine Schlüsselposition zu.

Rheinland-Pfalz wird sich deswegen dafür einsetzen, dass die Zusammenarbeit mit den Kommunen auch Bestandteil der föderalen Digitalstrategie des IT-Planungsrats auf Bundesebene wird. Nur so können wir den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger gerecht werden.



© MASTID, Jana Kay

Dr. Fedor Ruhose
Staatssekretär im Ministerium für
Arbeit, Soziales, Transformation
und Digitalisierung sowie CIO und
CDO in Rheinland-Pfalz

„KI erfordert von den Beschäftigten mehr statt weniger Kompetenzen“

3 Fragen an Peter Adelskamp über Künstliche Intelligenz im Dienst der Stadt



© Stadt Essen, Peter Adelskamp

KI wird Beschäftigte von wiederkehrenden Tätigkeiten entlasten und die Servicequalität für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen erhöhen. Beispiele sind automatische Übersetzungen unserer Internetportale, Erschließung internen Wissens und hochwertige Auskunftssysteme. „Robotic Process Automation“ automatisiert Prozesse, für die wir noch keine Datenschnittstellen haben. Bald werden Übersetzungssysteme so gut sein, dass wir trotz unterschiedlicher Muttersprachen effektiv miteinander kommunizieren können, was die Zugänglichkeit der öffentlichen Verwaltung für alle Menschen in unserer Stadt auf ein ganz neues Niveau heben wird.

Welche Aufgaben übernimmt die KI aktuell in der Stadtverwaltung Essen?

Vor allem in zwei Bereichen sammeln wir aktuell KI-Erfahrung: Wir nutzen ein Fahrzeug zur Straßenzustandserfassung und zur Vermessung der Stadt. Es verfügt auch über einen Bodenradar, welcher Bergschäden aufzeichnet, die im Ruhrgebiet häufig vorkommen. Die anfallenden Daten werden durch eine KI untersucht, um die Sachbearbeitung gezielt auf Schäden im Boden hinzuweisen. Diese können im Idealfall so früh erkannt werden, dass ihre Reparatur erfolgt, bevor der Straßenbelag angegriffen wird. Daneben experimentieren die ersten Fachbereiche mit allgemeinen und nicht personenbezogenen Anfragen an große Sprachmodelle wie z. B. ChatGPT – etwa um typische Verwaltungsformulierungen zu vereinfachen.

Welches Potenzial sehen Sie in der Zukunft für Verwaltungs-KI?

Verwaltungshandeln ist an Recht und Gesetz gebunden und muss nachvollziehbar sowie überprüfbar sein. Bei der Nutzung von KI denken wir an diese Prinzipien. Die Stadt Essen entwickelt eine „Charta Digitale Ethik“, um Leitplanken für die KI-Nutzung festzulegen.

Inwieweit kann KI helfen, den Personal-mangel zu dämpfen?

Der Einsatz von KI in der Verwaltung zielt nicht darauf ab, Personal einzusparen. Vielmehr müssen wir Wege finden, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu entlasten. Die demografische Entwicklung und immer neue Aufgaben erhöhen den Druck auf das vorhandene Personal. Als Arbeitgeberin ist es unsere Aufgabe, Prozesse effizient und technisch zeitgemäß zu unterstützen. KI erfordert von den Beschäftigten mehr statt weniger Kompetenzen: Aufgaben müssen korrekt an KI gestellt, Ergebnisse fachlich bewertet und Datenschutz sowie Urheberrecht beachtet werden. Wir werden den Einsatz von KI transparent dokumentieren. Dabei gilt der Grundsatz: „Der Mensch entscheidet, die Maschine unterstützt.“ KI wird uns unter diesen Bedingungen erheblich unterstützen können.

➔ www.staedtetag.de/digitalstrategie-essen



© Katharina Kus

Peter Adelskamp
Chief Digital Officer (CDO)
der Stadt Essen

Kommune bewegt Welt 2024

Der Wettbewerb für entwicklungspolitisches Engagement!



Jetzt bewerben!

Ihre Kommune setzt sich für eine global gerechtere Welt ein? Mit insgesamt 200.000 Euro Preisgeld prämiiert der Wettbewerb *Kommune bewegt Welt* Städte, Gemeinden und Landkreise, die sich entwicklungspolitisch engagieren – zum Beispiel in Zusammenarbeit mit ihrer Partnerkommune im Globalen Süden, durch die Umsetzung einer Nachhaltigkeitsstrategie oder kreative Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung.

Nehmen Sie teil und erhalten Sie finanzielle Unterstützung und Sichtbarkeit für Ihr Engagement!

- Bewerbung einfach bis zum 31. Mai 2024 online ausfüllen
- Insgesamt 200.000 Euro Preisgeld
- Für alle deutschen Kommunen und Landkreise
- Preisverleihung im Rahmen der 16. Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik (8. bis 10. Oktober 2024)

Mehr Informationen unter

- www.kommune-bewegt-welt.de
- Info-Hotline: 0228 20717-2880

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

SERVICESTELLE 
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

DIGITAL.MOVES – Stuttgart in der digitalen Transformation

Von Sandra Baumholz und Thomas Bönig

Die Komplexität der Bürokratie, verstärkt durch politische Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene, führt zu erheblichen Kostenbelastungen und Ineffizienzen für Verwaltungen und Kommunen. Trotz gegenteiliger Bekundungen nimmt diese Bürokratie weiterhin zu, oft ohne dass die dadurch entstehenden internen Kosten den Entscheidungsträgern bekannt sind. Die Praxis zeigt, dass die deutsche Bürokratie dazu neigt, das bisher Mögliche unmöglich zu machen und, wenn dies nicht ausreicht, es so kostspielig und kompliziert zu gestalten, dass die intendierten Ziele einer nahezu handlungsunfähigen Verwaltung auf Umwegen erreicht werden. Dies wirkt sich negativ auf die Zugänglichkeit von Verwaltungsleistungen für Bürgerinnen und Bürger aus. Weiterhin wird Gesellschaft sowie Wirtschaft derart effektiv ausgebremst, dass langfristige Schäden für Deutschlands Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsposition entstehen.

Das Ergebnis ist ein zunehmend dysfunktionaler Staatsapparat, der sich durch steigende Kosten und sinkende Effizienz auszeichnet. Aus einer veralteten Denkweise, die Komplexität als gegeben ansieht, resultieren Prozesse, die zwar rechtssicher und risikofrei sind, jedoch oft ohne Rücksicht auf Effizienz oder Nachhaltigkeit gestaltet werden. Der pragmatische Nutzen dieser Prozesse rückt zunehmend in den Hintergrund. Ein weiterer kritischer Punkt ist die anhaltende Praxis in Ministerien, nicht den Prozess selbst zu digitalisieren, sondern lediglich die Papierformulare im Prozess. Dies zwingt Kommunen dazu, eigenständig und jede für sich in digitale Lösungen zu investieren, um eine ansatzweise fortschrittliche Digitalisierung zu realisieren. Das ist der einzige Grund, warum Digitalisierung in Deutschland nicht bei bürokratischen OZG-Online-Formularen in bestem Amtsdeutsch zum Ausdrucken stehenbleibt, wie es die deutsche Digitalstrategie vorsieht.

Stuttgart hat mit seiner umfassenden Digitalstrategie „Digital MoveS“ frühzeitig auf diese Herausforderungen reagiert und die Digitalisierung als zentrales strategisches Thema verankert. Durch bedeutende Investitionen in IT, Infrastruktur und Organisation und die Gründung des Amtes für Digitalisierung, Organisation und IT (DO.IT) im April 2022, agiert die Stadt als einer der Vorreiter in der digitalen Transformation. Mit dem Leitbild „Einfach.Gemeinsam.Digital“ und einem Netzwerk aus Digital Movern treibt Stuttgart die lokale Digitalisierung erfolgreich voran. Mit den Digital Movern finden fortlaufend lösungsorientierte Diskussionen statt, wie man digitale Transformation noch effektiver angehen kann. Das Konzept der Stuttgarter Digital Mover als eine Art lokaler CDO vor Ort wird zukünftig veröffentlicht werden, um sich mit anderen Kommunen auszutauschen.

Kooperationen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung spielen eine zentrale Rolle. Stuttgart ist sich bewusst, dass die digitale Transformation nur gemeinsam zu meistern ist. Die Stadt kooperiert daher eng mit Hochschulen, Start-ups, anderen Kommunen und dem Land Baden-Württemberg. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Kommunalkooperation, die auch eine zentrale und öffentliche Plattform schaffen soll für den Austausch zu regionalen Digitalisierungsprojekten. Damit sollen Erfolge und Erfahrungen transparent gemacht werden. Auch innerhalb der Stadtverwaltung soll zukünftig verstärkt referats- und ämterübergreifend vertrauensvoll und mit einer klaren Vision sowie realistischen Zielen zusammengearbeitet werden.

Neben der Verwaltungsdigitalisierung ist Smart City ein Schwerpunkt in Stuttgart, unter der die Digitalisierung des gesamten öffentlichen Raums verstanden wird. Hier hat Stuttgart Ende 2022 ein stadtweites



© LHS

Smart City Board etabliert, in dem Vertreter:innen der gesamten Stadt auf freiwilliger Basis gemeinsam und vernetzt die „Smart City Stuttgart“ vorantreiben. Stuttgart hat im Smart City Umfeld schon heute sehr viel zu bieten, was aber oftmals kaum oder gar nicht bekannt ist. Daher wird auch Digitale Kommunikation verstärkt in den Fokus genommen und aktuell ein stadtweites Social Intranet mit neuen attraktiven Formaten für bessere digitale Zusammenarbeit und Kommunikation aufgebaut.

Eine weitere strategische Zielsetzung ist der digitale Arbeitsplatz, welcher den Mitarbeitenden zukünftig verstärkt moderne Technologie wie Smartphones oder andere mobile Endgeräte als vollwertige Arbeitsutensilien zur Verfügung stellen wird. Diese sollen einen alternativen, aber dennoch leistungsfähigen Zugang zu den städtischen Systemen ermöglichen. Damit wird neuartiges und attraktives Arbeiten in der Verwaltung ermöglicht, von dem auch die Landeshauptstadt als Arbeitgeberin stark profitieren wird. Um das erfolgreich umzusetzen ist in der Stadt ein neues Mindset und eine gänzlich andere Kultur erforderlich. Im kulturellen Umfeld wurde schon vieles verändert und ein großes Kulturentwicklungskonzept mit externer Unterstützung aufgesetzt. In DO.IT ist z. B. neben der #gerneperdu-Kultur auch ein Management Board etabliert worden, in dem amts- oder

stadtweite Entscheidungen gemeinsam beschlossen werden, denn es soll immer die beste Idee gewinnen, nicht die hierarchische.

Die digitale Transformation ist in Stuttgart angekommen, um digitaler, attraktiver, moderner und effektiver zu werden. Der Weg ist noch weit und oft beschwerlich, aber auch der längste und schwierigste Weg beginnt mit dem ersten Schritt. Stuttgart wird auf diesem Weg sehr erfolgreich sein, denn die Stadt hat einen riesigen Vorteil: Sie verfügt über sehr viele hoch qualifizierte, innovative, engagierte und motivierte Mitarbeitende, die alles das ermöglichen werden, was in den nächsten Jahren digitale Realität werden soll.

➔ <https://digitalmoves.de>



© privat

Sandra Baumholz
Leiterin Digitalstab Landeshauptstadt Stuttgart



© Seda Kaygusuz

Thomas Böning
CIO, CDO und Amtsleiter Amt für Digitalisierung, Organisation und IT (DO.IT) Landeshauptstadt Stuttgart

Vom Projekt bis zur App – Die Stadt Leipzig digitalisiert sich erfolgreich

Von Ulrich Hörning

Digitalisierung kostet Geld und benötigt qualifiziertes Personal. Ein Kraftakt, für den die Stadt Leipzig seit einigen Jahren erfolgreich neue Wege geht. Allerdings sind wir auch dringend auf mehr Unterstützung vom Gesetzgeber angewiesen.

Projektmanagement als Motor der Verwaltungsmodernisierung

Seit dem Jahr 2018 existiert ein Team von heute 21 Projektmanagerinnen und -managern, die „Projektmanagement-Einheit“ der Stadt Leipzig. Sie unterstützen die Fachämter und Referate in allen Phasen eines Digitalisierungsprojektes. Das Besondere: In Leipzig steht außerdem ein zentrales Digitalisierungsbudget zur Verfügung, das bereits im Haushalt eingeplante Mittel ergänzt. Darüber hinaus ist es möglich, personelle Unterstützung in Form von Poolstellen für das Digitalisierungsprojekt abzurufen. Mit Projektunterstützung, Zusatzbudget und Zusatzpersonal befähigen wir so unsere Ämter, auch große Projekte durchzuführen.

Basisdienst Serviceportal als OZG-Werkbank

Für eine konkrete Umsetzung der OZG-Leistungen sorgt dann der „Basisdienst Serviceportal“. Eine OZG-Werkbank als Kooperation zwischen Stadt Leipzig und dem stadteigenen IT-Dienstleister Lecos GmbH. Hier werden verschiedene Umsetzungswege der OZG-Leistungen aufgezeigt und rechts-sichere elektronische Antragsverfahren entwickelt. Mittlerweile kann die Stadt Leipzig über 60 produktive Verwaltungsleistungen auf dem Serviceportal des Freistaates Sachsen vorweisen (amt24.sachsen.de).

Leipzig App: Städtische Services auf dem Smartphone

Seit dem Jahr 2024 ist unsere „Leipzig App“ auf dem Markt. Initiiert vom Wirtschafts-

dezernat, bietet die App schnellsten Zugang zu städtischen Informationen, bürgernahe Services und lädt zur aktiven Mitwirkung am Stadtgeschehen ein. Aktuell können u.a. Warnnachrichten empfangen, Termine im Bürgerbüro vereinbart oder Mängel im Stadtraum gemeldet werden. Der Funktionsumfang der App soll Schritt für Schritt erweitert werden.

Leipziger IT-Dienstleister als überregionaler Partner

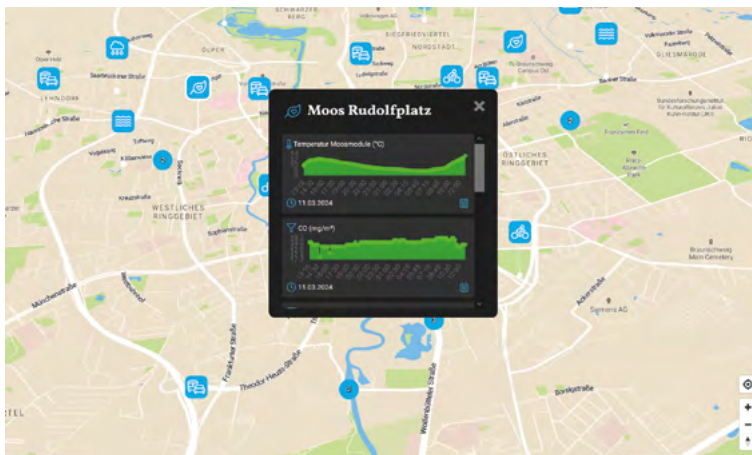
Die Stadt Leipzig versteht sich als integrierter Partner im stetig wachsenden Geflecht an Akteuren der Verwaltungsdigitalisierung. Neben den Anstrengungen innerhalb der Verwaltung treibt Leipzig über die Lecos GmbH auch im gesamten Freistaat Sachsen und im Bund die Digitalisierung voran – mit Beteiligungen an der sächsischen Komm24 GmbH und der bundesweiten govdigital eG.

Standards von Bund und Land nötig

Wir haben in Leipzig einige Erfolge der Digitalisierung feiern können. Doch auch wir stoßen mehr und mehr an Grenzen. Durch fehlende Standardisierungen und Vorgaben des Gesetzgebers muss jedes Projekt individuell und kostenintensiv organisiert werden. Es ist gut, dass das neue OZG-Gesetz zentrale Basisdienste bereitstellen soll. Aber die Verantwortung für eine dauerhafte, flächendeckende Finanzierung von digitalen Leistungen lastet weiterhin ausschließlich auf den Schultern der Kommunen. Wir Kommunen brauchen dringend umfassendere Regelungen und mehr zentrale Finanzierung bei der Digitalisierung.



Ulrich Hörning
Bürgermeister und Beigeordneter
Stadt Leipzig



Braunschweig: Open-Data-Portal bildet freie Daten ab

Die Stadt Braunschweig stellt offene Daten aus der Verwaltung online zur freien Nutzung zur Verfügung. Das Angebot umfasst nicht nur statistische Daten in Listen und Tabellen. Auch dynamische Messwerte von Sensoren in der Stadt werden in Echtzeit ausgegeben und können heruntergeladen werden. Mit diesen Datensätzen können zum Beispiel mobile Anwendungen entwickelt werden, von denen die Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft, aber auch die Stadtverwaltung selbst profitieren können. Einzige Voraussetzung für die Weiterverwendung der Daten ist die Angabe der Quelle. Der Service wird im Rahmen des Smart-City-Prozesses der Stadt Braunschweig weiterentwickelt.

➔ www.staedtetag.de/022402

Schwerin: Online-Knöllchen

In der Landeshauptstadt Schwerin können Bußgelder fürs Falschparken direkt online beglichen werden. Wer eine Verwarnung am Fahrzeug findet, kann per QR-Code oder Link auf dem mobilen Endgerät oder am Rechner den Vorgang direkt abrufen: Nach Eingabe des Kennzeichens und der Kennung kann der Tatvorwurf angesehen werden. Zum Bezahlen stehen dann verschiedene Bezahldienste zur Verfügung. Durch das Online-Knöllchen entfällt die klassische Verwarnung auf dem Postweg. Druck- und Portokosten werden eingespart und das Verfahren ist für die Parksünderin oder den Parksünder unmittelbar mit der Bezahlung abgeschlossen.

➔ www.staedtetag.de/022401



© Tobias Fricke

Berlin: Meilenstein Digitale Akte

Zum Stichtag 1. Januar 2025 soll die E-Akte an rund 70.000 Arbeitsplätzen in 80 Behörden in der Hauptstadt verfügbar sein. Die digitale Aktenführung ist ein System zum Dokumentenmanagement, zur Vorgangsbearbeitung und zur Langzeitspeicherung in einem. Derzeit werden Schritt für Schritt Berliner Behörden angeschlossen. Bis zum Sommer 2024 soll die Oberfläche der E-Akte noch deutlich benutzerfreundlicher werden. Dazu fließen die bisherigen Erfahrungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein. Die E-Akte ist Basis für eine schnelle und digitalisierte Verwaltung in Berlin. Sie soll die papiergebundene Aktenführung so weit wie möglich ersetzen. Die vorgesehene behördenübergreifende Lösung für ein ganzes Bundesland ist bislang in Deutschland einmalig.

➔ www.staedtetag.de/022403

Terminvergabe für die Bürgerbüros in Düsseldorf

44.437 gemeldete Terminwünsche

20.347 davon wurden fest
gebuchte Termine,
v.a. Ausweis- und Passwesen



Quelle: Terminagent Düsseldorf, 1.1. bis 11.3.2024

Düsseldorf: Bürgerservice 2.0 startet Terminagenten

Die oftmals langwierige Suche nach einem freien Termin im Bürgerbüro entfällt: Die Landeshauptstadt Düsseldorf setzt seit Anfang 2024 einen Terminagenten ein. Kunden können über das Online-Tool ihre Terminwünsche melden. Sie hinterlegen ihre bevorzugten Wochentage, Zeitfenster und Standorte samt persönlicher Daten im Buchungssystem. Sobald ein passender Termin zur Verfügung steht, erhalten sie automatisch eine E-Mail. Der Termin muss innerhalb von 24 Stunden bestätigt werden. Der Terminagent wurde im Rahmen des Projektes „Bürgerservice 2.0“ der Stadt Düsseldorf entwickelt. Ziele des Gesamtprojektes sind ein verbesserter Verwaltungsservice für die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer sowie flüssige Verwaltungsabläufe für die Mitarbeitenden.

➤ <https://termine.duesseldorf.de>

Hamburg: Wohnsitzwechsel online melden

Wer umzieht, hat schon genügend Stress: Die elektronische Wohnsitzanmeldung (eWa) der Freien und Hansestadt Hamburg entlastet. Bürgerinnen und Bürger können der Meldebehörde online ihre neue Wohnanschrift mitteilen. Die Meldebestätigung wird gebührenfrei und digital zugestellt. Der Chip auf dem Identitätsnachweis kann zu Hause per Smartphone aktualisiert werden. Und die Aufkleber für die Aktualisierung von Personalausweis oder Reisepass werden bequem nach Hause geschickt. Die Ausweisdokumente können dort dokumentensicher aktualisiert werden. Die elektronische Wohnsitzanmeldung ist ein bundesweiter Service aus Hamburg, der stetig erweitert wird. Auch in den Städten Lübeck, Kiel, Flensburg und Neumünster ist er verfügbar und wird in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein pilotiert.

➤ www.wohnsitzanmeldung.de



Krefeld: Digitale Services beim Standesamt

Rund 2.500 Geburts-, Heirats- oder Sterbeurkunden werden jährlich über das Urkundenportal des Krefelder Standesamtes bestellt. Das ist bereits seit über zehn Jahren ohne persönliches Erscheinen im Standesamt möglich. Bewährt hat sich auch das Terminvereinbarungssystem des Traukalenders: Interessierte finden Informationen und Terminangebote für alle Krefelder Trauorte. Wunschtermine und -orte können direkt online gebucht werden. Neu wird vom Standesamt eine Beratung angeboten für behördliche Vorgänge wie Einbenennung, Hausgeburts, Namenserteilung und Namensbestimmung: Bürgerinnen und Bürger können online Termine für eine telefonische Beratung oder eine Beratung per Videoanruf reservieren.

➤ www.staedtetag.de/022404



© Landeshauptstadt Schwerin

Konferenz der ostdeutschen Städte zu Fachkräftemangel und Rechtsextremismus

Bis 2030 wird jeder dritte Beschäftigte im öffentlichen Dienst in den Ruhestand gehen. Bundesweit sind 400.000 Stellen im öffentlichen Sektor unbesetzt. Deshalb haben die Spitzen der ostdeutschen Städte auf ihrer jährlichen Frühjahrskonferenz von Bund und Ländern jetzt ein Maßnahmenbündel gefordert. In der Landeshauptstadt Schwerin benannt wurden: Bürokratieabbau, digital kompatible Gesetze, die frühzeitige Einbeziehung der Städte in alle Gesetzgebungsprozesse sowie mehr Ausbildungs- und Studienkapazitäten in Mangelbereichen etwa der Verwaltungsinformatik oder in sozialen Bereichen. Die Vorschläge finden sich auch im Städtetags-Positionspapier „Kommunale Handlungsfähigkeit erhalten in Zeiten des Arbeitskräftemangels“.

➤ www.staedtetag.de/2024/arbeitskraeftemangel

Weitere Themen der Konferenz waren die Stärkung der Demokratie und das Engagement gegen Rechtsextremismus, Hass und Hetze. Der Deutsche Städtetag unterstützt aktiv die Plattform „Stark im Amt“ sowie die geplante neue Ansprechstelle für kommunale Amts- und Mandatsträger, die von Bedrohungen, Anfeindungen und Übergriffen betroffen sind.

➤ www.stark-im-amt.de

Neuer Arbeitskreis Informationssicherheit (AKIS)

Der Deutsche Städtetag hat einen neuen Arbeitskreis Informationssicherheit und setzt damit ein Zeichen für die Bedeutung der IT-Sicherheit. Denn die Sicherheit der digitalen Infrastrukturen in den Städten ist entscheidend für deren Funktionsfähigkeit und die öffentliche Daseinsvorsorge. Der Zusammenschluss von IT- und Informationssicherheitsbeauftragten aus derzeit zwölf Mitgliedsstädten soll eine Plattform für den fachlichen Austausch bieten und Expertisen bündeln. Die Hauptaufgaben und Ziele des AKIS umfassen die Beratung und Diskussion aktueller Themen, die Entwicklung von Stellungnahmen, Empfehlungen und Strategien sowie den Informations- und Wissensaustausch.

Konferenz der Städtetags-Mitgliedsverbände

Wie geht es weiter mit dem Deutschlandticket? Was braucht es, damit mehr bezahlbare Wohnungen gebaut werden? Wie kann die Wärmewende gelingen? Diese und weitere Fragen standen im Mittelpunkt des Austauschs auf der Konferenz der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Mitgliedsverbände des Deutschen Städtetages am 6. März in der Landeshauptstadt Magdeburg. Gastgeber war der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt.





Forderungen der Städte an neues EU-Parlament und neue EU-Kommission

„Europawahl 2024: Europas Zukunft Richtung geben“ ist der Titel einer Publikation des Deutschen Städtetages mit Forderungen der Mitgliedsstädte an das zukünftige EU-Parlament und die neu zu besetzende EU-Kommission. Die Städte setzen europäische Regelungen vor Ort um und spielen eine zentrale Rolle etwa bei Integration, Klimaneutralität, nachhaltigem Verkehr oder Digitalisierung. Deshalb sollten die kommunale Perspektive und kommunale Belange bei Entscheidungen der EU stärker berücksichtigt und Städte in europäische Entscheidungs- und Gesetzgebungsverfahren miteinbezogen werden.

➤ www.staedtetag.de/022406

Deutschland braucht nachhaltige und zukunftsfähige Sport- und Bewegungsräume

So lautet eine von vier Forderungen, die der Deutsche Olympische Sportbund, die IAKS Deutschland, der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und das Bundesinstitut für Sportwissenschaft in einer gemeinsamen Stellungnahme veröffentlicht haben. Ein Hintergrund ist, dass die benötigten Sport- und Bewegungsräume nicht in der benötigten Quantität und Qualität vorhanden sind. Allein der Sanierungsbedarf der rund 231.000 Sportstätten wurde bereits im Jahr 2018 mit 31 Milliarden Euro beziffert.

➤ www.staedtetag.de/022405



Positionspapier: Die entscheidende Rolle der Städte für gute Gesetze

Das Positionspapier enthält Vorschläge für eine bessere Gesetzgebung und bessere Gesetzgebungsprozesse, bei denen die Umsetzungsexpertise der Städte beachtet wird. Es verweist u.a. darauf, warum für einen guten Gesetzgeber die Beteiligungsrechte der Städte politische Beteiligungspflichten sind und warum ausreichende Fristen und eine frühzeitige Einbeziehung in die Gesetzesvorbereitung gehören.

➤ www.staedtetag.de/022407

Deutscher Städtetag



@ Deutscher Städtetag, Frank Nürnberger

Verena Göppert, Ständige Stellvertreterin des Hauptgeschäftsführers und Finanzbeigeordnete beim Deutschen Städtetag und beim Städtetag Nordrhein-Westfalen, geht am 31. Mai nach 31 Jahren beim Städtetag in den Ruhestand. Die Volljuristin begann 1990 ihre berufliche Laufbahn als Leiterin des Rechts- und Ordnungsamtes der Stadt Singen am Hohenwieler. 1993 begann sie ihre Karriere beim Städtetag als Referentin im damaligen Dezernat für Soziales, Arbeit, Jugend und Gesundheit. Später war sie dann als Referentin im Dezernat für Recht und Verfassung tätig. 2000 wechselte sie als Büroleiterin in das Büro des damaligen Hauptgeschäftsführers. Im Jahr 2001 wurde sie zur Hauptreferentin ernannt. 2006 wurde sie vom Hauptausschuss des Deutschen Städtetages für 8 Jahre zur Beigeordneten für das Dezernat Arbeit, Jugend, Gesundheit und Soziales gewählt, 2014 wurde sie wiedergewählt. Bereits zwei Jahre später wählte der Hauptausschuss sie 2016 zur Beigeordneten des Dezernats Finanzen und gleichzeitig zur Stän-

digen Stellvertreterin des Hauptgeschäftsführers bis zum Ablauf des 31. Mai 2024. Verena Göppert ist seit 2016 Mitglied im Präsidium und im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages sowie im Vorstand des Städtetages NRW. Verena Göppert wird am 15. Mai 2024 in der Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Städtetages in Berlin offiziell verabschiedet. Städtetag aktuell wird in der kommenden Ausgabe über die Verabschiedung berichten.



@ privat

Dr. Dominique Köppen wird ab 1. Juni neuer Beigeordneter des Dezernats für Finanzen beim Deutschen Städtetag und beim Städtetag Nordrhein-Westfalen. Er wurde am 18. Januar 2024 in Trier vom Hauptausschuss des Deutschen Städtetages für 8 Jahre in das Amt gewählt und folgt in dieser Funktion auf Verena Göppert. Dominique Köppen ist Verwaltungswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Kommunalfinanzen und Kämmerer der Stadt Bretten.



@ Deutscher Städtetag/Frank Nürnberger

Stefan Hahn wird ab 1. Juni kommissarischer Ständiger Stellvertreter des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städtetages. Dazu hat ihn der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages im März 2024 bis zum Ablauf des 30. Juni 2025 bestellt. Damit ist Stefan Hahn ab dem 1. Juni, ebenfalls kommissarisch bis zum Ablauf des 30. Juni 2025, auch Ständiger Stellvertreter des Geschäftsführers des Städtetages NRW. Stefan Hahn ist seit 2016 Beigeordneter des Dezernats Arbeit, Jugend, Gesundheit und Soziales des Deutschen Städtetages sowie des Städtetages NRW und wird diese Funktion auch weiter innehaben. Zuvor war er Jugend- und Sozialdezernent der Stadt Neuss. In der Funktion als kommissarischer Ständiger Stellvertreter des Hauptgeschäftsführers folgt Stefan Hahn auf Verena Göppert.

Neu im Amt



@ Angelika Aschenbach

Hessischer Städtetag: Oberbürgermeister **Gert-Uwe Mende**, Landeshauptstadt Wiesbaden, wurde im März zum neuen Präsidenten des Hessischen Städtetages gewählt. Der Sozialdemokrat folgt auf Oberbürgermeister Heiko Wingenfeld (CDU), Stadt Fulda, der das Amt seit 2021 innehatte.

Geburtstage



© Stadt Friedrichshafen

Oberbürgermeister **Andreas Brand** (parteilos), Stadt Friedrichshafen, feiert am 11. Mai seinen 60. Geburtstag. Er leitet seit 2009 die Geschicke der Stadt.



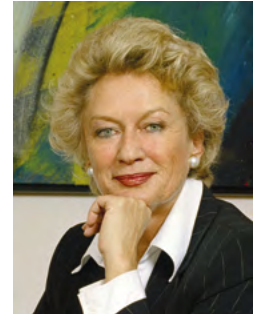
© Fotografie Sommer

Der Oberbürgermeister der Stadt Amberg, **Michael Cerny** (CSU), wird am 16. Mai 60 Jahre alt. Die Geschicke der Stadt Amberg leitet er seit 2014. Seither ist er auch Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



© privat

Frank Klingebiel, Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter, begeht am 9. Juni seinen 60. Geburtstag. Der Christdemokrat leitet bereits seit 2006 die Geschicke der Stadt Salzgitter und ist seit 2013 Mitglied im Präsidium und seit 2012 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



© Stadt Frankfurt am Main

Die langjährige Städtetagspräsidentin und Oberbürgermeisterin a.D. der Stadt Frankfurt am Main, **Petra Roth**, feiert am 9. Mai ihren 80. Geburtstag. Die Christdemokratin wurde 1995 zur Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main gewählt und hatte dieses Amt bis 2012 inne. Sie war seit 1997 insgesamt sieben Jahre Präsidentin des Deutschen Städtetages sowie acht Jahre lang Vizepräsidentin. 2013 wurde Petra Roth von der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages wegen ihres besonderen Engagements für die Demokratie und die städtische Selbstverwaltung zum Ehrenmitglied gewählt.



© manual.design, Graça und Dariusz Balojan

Reiner Breuer, Bürgermeister der Stadt Neuss, begeht am 14. April seinen 55. Geburtstag. Der Sozialdemokrat steht seit 2015 an der Spitze der Stadt und engagiert sich seither auch im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



© Stadtverwaltung Limbach-Oberfrohna

Gerd Härtig (Freie Wähler), Oberbürgermeister der Stadt Limbach-Oberfrohna, feiert am 2. Mai seinen 55. Geburtstag. Er steht seit 2022 an der Stadtspitze.



© Stadt Celle

Oberbürgermeister **Dr. Jörg Nigge**, Stadt Celle, wird am 26. April 50 Jahre alt. Der Christdemokrat ist seit 2017 Stadtoberhaupt von Celle und engagiert sich seit 2019 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



© Stadt Bottrop

Bernd Tischler, Oberbürgermeister der Stadt Bottrop, begeht am 1. Juni seinen 65. Ehrentag. Der Sozialdemokrat leitet seit 2009 die Geschicke der Stadt Bottrop.



Nachhaltiges Wirtschaften beginnt vor Ort.

Gemeinsam finden wir die Antworten für morgen.

Die nachhaltige Transformation der Wirtschaft beginnt in den Regionen. Dort sind die mittelständischen Unternehmen – das wirtschaftliche Rückgrat Deutschlands – zu Hause. Genauso wie wir, die Sparkassen. Wir begleiten Unternehmen als Finanzpartner bei ihrer Entwicklung. Wir stehen ihnen beim Umbau auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise zur Seite. Gemeinsam gestalten wir eine lebenswerte Zukunft für alle – partnerschaftlich, klimafreundlich, erfolgreich.

Weil's um mehr als Geld geht.





Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18–32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Timm Steinborn
Leiter Abteilung Kommunikation und
Medien

Redaktion: Uwe Schippmann
Mitarbeit: Tobias Fricke

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de